

Verband der deutschnationalen Parteien.

Gehalten an den angekündigten Verordnungen. — Für eine Mehrheitsbildung mit den Polen.

Parteiämlich wird verlaublich: In der gestrigen Sitzung des Verbandsausschusses der deutschnationalen Parteien wurde von allen Rednern die Meinung ausgesprochen, daß nichts die Notwendigkeit der im Staatsinteresse angekündigten Maßnahmen der Regierung klarer zu beweisen vermöchte als die gestrigen Beschlüsse und Kundgebungen der tschechischen und südslawischen Parteien. Diese Kundgebungen zeigen auch, bis zu welchem Grade der von unseren Kriegsgegnern angeführte und genährte staatsfeindliche Paroxysmus bereits gesteigert ist und welche Zukunft diesem Staate und den „eingewanderten Deutschen“ unter ihrer Herrschaft beschieden wäre. Nicht deutscher Druck, sondern die einfachste Pflicht der Staatserhaltung hat die Regierung aus der wiederholten bloß wörtlichen Zurückweisung dieser staatsumstürzenden Kundgebungen und Agitationen zum endlichen positiven Handeln gezwungen.

Darum darf erwartet werden, daß die Regierung sich durch Drohungen, Proteste und verblümt angedrohte stärkere Mittel nicht einschüchtern und von ihrer positiven Richtlinie und Abwehraktion nicht abbringen lassen wird.

Da die Tschechen und Südslawen ihrerseits und nur sie die Versuche, durch Verständigung zu Ergebnissen zu gelangen, vereitelt haben, so fällt der Vorwurf des einseitigen Vorgehens der Regierung auf sie zurück. Auch die Schuld an der Vertagung des Hauses anderen zuzuschreiben als jenen, welche der beabsichtigten Tagung mit offener Obstruktionsdrohung und Abstinenz von der Obmännerkonferenz entgegenwirkten, ist die offenbarste Entstellung. Weiters wurde festgestellt, daß die unbedingte Voraussetzung für die Wiederaufnahme der Arbeiten des Hauses die Sicherstellung einer tragfähigen Mehrheit sei. In diesem Sinne wurde die Erwartung ausgesprochen, daß der Polenklub zur Bildung einer solchen Mehrheit die Hand bieten werde. Umfomehr mußte der heute im Polenklub eingebrachte Antrag Löwenstein, welcher diese Mehrheitsbildung ganz unmöglich machen würde, Verwunderung erregen.

Polenklub.

In der gestrigen Sitzung des Polenklubs wurde die Debatte über den Antrag Dr. Löwenstein fortgesetzt und derselbe auf Antrag Zieleniewski vor endgültiger meritorischer Erledigung dem Präsidium zur Berichterstattung zugewiesen.

Zur Annahme gelangte ferner der Antrag Dr. Groß: Der Polenklub verurteilt die Krakauer Erzeffe und drückt sein Bedauern darüber aus, daß die Polizeidirektion in Krakau der polnischen öffentlichen Meinung, die sofort die Erzeffe verurteilt hat, unmöglich gemacht hat, sich in dieser Richtung auszusprechen. Der Polenklub stellt mit Bedauern fest, daß die Krakauer Polizei durch ihre Passivität und Unfähigkeit es dazu gebracht hat, daß die antisemitischen Unruhen, welche zu Beginn von einer kleinen Schar halbwüchsigen Jungen veranfaßt wurden, in der Folge bedrohlichere Formen annahmen, so daß das Militär einschreiten mußte. Der Polenklub verurteilt die Versuche, die Bevölkerung gegeneinander aufzuheizen.

Im Laufe der Wendebatte wurde vom Abgeordneten Dr. Steinhäus der Antrag gestellt: Ohne der endgültigen Entscheidung des Antrages Dr. v. Löwenstein vorzugreifen, fordert der Polenklub sein Präsidium auf, mit jenen Parteien des Abgeordnetenhauses sich ins Einvernehmen zu setzen, die den Polen die Verwirklichung ihrer Forderungen verbürgen. Das Präsidium wird beauftragt, über das Ergebnis dieser Verhandlungen Bericht zu erstatten. Nachdem von den Abgeordneten Stapiński und Tertil die Einwendung erhoben worden war, daß vorerst die Antwort des Ministers des Außern abgewartet werden solle, erklärte der Abg. Dr. Steinhäus, seinen Antrag vorerhand nicht aufrecht erhalten zu wollen.

Kundgebung der Deutschen Fortschrittspartei in Böhmen.

Zur Errichtung der Kreishauptmannschaften.

Die Deutsche Fortschrittspartei für Böhmen hat in einer am 7. d. abgehaltenen Präsidialsitzung folgende Kundgebung beschlossen und an den Ministerpräsidenten, an den Minister des Innern sowie an den Abg. Dr. Urban geleitet:

„Unter dem Druck der unhaltbaren politischen Verhältnisse hat sich die Regierung zur Ernennung von Kreishauptleuten entschlossen. Eine Besserung der nationalen Verhältnisse kann aber dadurch nicht allein herbeigeführt werden. Vielmehr ist es unbedingt notwendig, die längst geforderte und vorbereitete

nationale Abgrenzung der Gerichts- und politischen Bezirke unter vollem Schutze der hohemständigen deutschen Minderheiten endlich durchzuführen, den Kreishauptmannschaften nationale Kreisvertretungen zur Seite zu stellen und die Landesbehörden zu teilen. Nur eine derartige durchgreifende Umgestaltung der gegenwärtigen Organisation kann das deutsche Volk in Böhmen befriedigen.

Die Landeshauptstadt Prag kann, sofern die Regierung (wie angekündigt) auf dem Boden des Gesetzes vom 18. Mai verbleiben will, in die Kreiseinteilung überhaupt nicht einbezogen werden, denn eine Entlastung der Statthalterei im Sinne dieses Gesetzes darf nur durch Beamte, die, außerhalb Prags bleibend, bestellt sind, bewirkt werden. Wir verwahren uns im vorhinein gegen jede Gesetzesverletzung, durch welche die Deutschen Prags in ihrer ohnehin schwierigen Lage vollends unrechtmäßig würden.“